

Leoluca Orlando und die Charta von Palermo

*Anmerkung der Redaktion:
Leoluca Orlando wird beim anste-
henden Kasseler Friedensrat-
schlag seine "Charta von Palermo"
vorstellen.*



Beitrag von Willi van Ooyen Bundesausschuss Friedensratschlag

Anlässlich des zweiten Jahrestages des Massensterbens von Flüchtlingen aus Nordafrika vor Lampedusa unternahm ich im Herbst 2015 mit Vertretern der Partei DIE LINKE, der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie dem Journalisten Pitt von Bebenburg (Frankfurter Rundschau) eine Informationsreise nach Tunis und Palermo.

Dass die Migration an den EU-Außengrenzen gewaltfrei, dauerhaft und wirksam durch Grenzsicherung aufzuhalten wäre, erweist sich für uns als Illusion. Da die Mehrzahl der Flüchtlinge aus Nordafrika und der Subsahara-Region in ihren Herkunftsländern jede Sicherheit und Perspektive verloren hat und daher bereit ist, ihr Leben für einen Weg nach Europa aufs Spiel zu setzen.

In Tunesien - mit 10 Millionen Einwohnern - leben heute etwa 500.000 (andere Schätzungen gehen von 900.000 aus) Libyer, die nach der Auflösung des libyschen Staates und darauffolgende Auseinandersetzungen geflohen sind. Auf der Route Libyen - Italien gab es allein im letzten Jahr mindestens 5.000 ertrunkene Flüchtlinge, seit der Katastrophe von Lampedu-

sa mehr als 10.000. Damit ist dieser Flüchtlingsweg der mit Abstand tödlichste auf dem Weg nach Europa.

Wie doch im Vorfeld einfach sein könnte, diese tödliche Gefahr zu unterbinden, machte die Überfahrt von Tunis nach Palermo mit der großräumigen Fähre deutlich. Während für Personen mit den "richtigen Pässen" dieser Weg komfortabel in einer Nacht auf der Fähre (und Kosten ab 35,00 €) möglich ist, kam uns allein die Tatsache wie Vorstellung der Fahrt im nächtlich tosenden Dunkel des Mittelmeeres mit einem kleinen Boot als unheimlich und unbegreiflich vor.

Im letzten Jahr gelangten über diesen gefährlichen Weg (ohne Fähre) etwa 120.000 Menschen nach Italien, die meisten davon nach Sizilien. Ein großer Teil von diesen Menschen wurde dort mit hoher Wahrscheinlichkeit jedoch nicht erfasst. Es gibt Berichte darüber, dass ferner ein anderer Teil von Schutzsuchenden faktisch unter Gefängnisbedingungen in sizilianischen Landwirtschaftsbetrieben arbeitet.

Einen völlig anderen Weg beschreitet man in der Kommune Palermo, die mit der verabschiedeten Charta von Palermo für die grundsätzliche Freizügigkeit aller Menschen eintritt. Demnach sollen Aufenthaltsgenehmigungen und Einreisebeschränkungen aufgehoben werden, um damit auch eine normale Arbeitsimmigration zu ermöglichen.

Diese Charta, die eng mit dem Bürgermeister und als Mafia-Jäger bekannt gewordenen Leoluca Orlando verbunden ist, ist die Schlussfolgerung aus den unmenschlichen Zuständen, die zur Zeit an den Außengrenzen der Europäischen Union herrschen, die sich in radikaler Art und Weise von dem Mainstream der Abschottungsdiskussion in der EU unterscheidet.

Einen erfreulichen Gegensatz dazu bot die dezentrale Unterbringung von MigrantInnen in Palermo, wo die MigrantInnen in einer Gemeinschaftswohnung selbstorganisiert zum kultu-

rellen Leben der Stadt beitragen können.

Im Anschluss war die Delegation ins Rathaus von Palermo zu einem Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt, Leoluca Orlando, eingeladen. Orlando hat es nicht nur geschafft, die sizilianische Mafia aus der kommunalen Verwaltung von Palermo zu verdrängen, sondern im April dieses Jahres zum dritten Mal erneut zum Bürgermeister gewählt zu werden. Er hat mit der Charta von Palermo auch ein radikales Manifest gegen Ausgrenzung und für eine bedingungslose Aufnahme von Flüchtlingen entwickelt und es geschafft, dies in der Stadt Palermo mehrheitsfähig zu machen. Getragen wird die Charta auch vom «Rat der Kulturen».

Typisch für Orlando ist sicherlich auch, dass er die durch die "USA ermordeten Menschen" (Todesstrafe) das Recht gewährt, in Palermo eine würdige Beerdigung zu bekommen.



Foto: Andreas Fritsch (2008), CC BY-SA 3.0

*Auszug aus einem Interview
in der Frankfurter Rundschau, das
dort am 11.10.2015 erschienen ist.
Das Interview führte Pitt von Be-
benburg.*

*FR: Herr Bürgermeister Orlando, in
Sizilien kommen jeden Monat 10 000
Flüchtlinge oder mehr an. Viele errei-
chen aber nie Europa, weil sie vorher
ertrinken. Wie kann Europa damit um-
gehen?*

L.O.: Wir müssen uns bewusst werden, dass wir es mit einem Völkermord zu tun haben. Ich könnte Ihnen Hunderte von Geschichten erzählen, die Sie an Dachau und Auschwitz erin-

nen. Die Geschichte eines 14-jährigen Mädchens, das seine Mutter vom Boot stoßen musste, um zu überleben. Ein Junge, den ich im Hafen von Palermo traf, der zur mir sagte: Herr Bürgermeister, wie ich kann ich mich freuen, wenn ich zum Überleben zwei meiner Brüder ermorden musste? Oder eine schwangere Frau aus Nigeria, die mir gebeichtet hat, dass sie jemanden auf der Überfahrt umbringen musste, um ihr eigenes Kind zu retten. Das sind Geschichten wie aus Dachau oder Auschwitz. Ich glaube, das reicht aus, um Ihnen zu zeigen, dass sich Europa angesichts dieses Verhaltens schämen sollte. Unser Ziel ist es, die Aufenthaltsgenehmigung abzuschaffen.

FR: Was würde sich dadurch ändern?

L.O.: Flüchtlinge brauchen Geld, um hierher zu kommen. Sie zahlen kriminellen Organisationen Tausende von Dollars. Mit diesem Geld könnten Sie ein Business-Ticket nach Hamburg oder Madrid kaufen. Das System der Verbote schafft nur eine kriminelle Organisation auf beiden Seiten des Mittelmeers. Ein Migrant, der 4000 Euro hat, könnte, wenn es das System der Aufenthaltsgenehmigungen und Visa nicht gäbe, in ein Flugzeug steigen und nach Hamburg, Madrid, Paris, Frankfurt, Rom, Mailand oder London fliegen.

FR: Ihre Kritiker halten die Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigungen für Wahnsinn.

L.O.: Die Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigung ist kein Wahnsinn. Sie ist eine wohlbedachte, rationale Überlegung. Das würde über dieses unlogische System der Filter, der Quoten und der Unterscheidung zwischen Asylbewerbern und Wirtschaftsflüchtlingen hinausgehen. Was hat es für einen Sinn, zwischen diesen Kategorien zu unterscheiden? Wir sprechen von einem unveräußerlichen Menschenrecht, dass man frei entscheiden kann, wo man leben will. Wenn wir denken, dass wir ein Menschenrecht aufhalten können, ist das so, als wenn wir weiter die Sklaverei oder die Todesstrafe hätten.

FR: Wenn Sie Erfolg haben und die Aufenthaltsgenehmigung aufgehoben

wird – was passiert dann? Ziehen die Menschen aus den armen Ländern dann in noch größerer Zahl in die reichen Länder?

L.O.: Ich glaube, dass die Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigung eine ethische Entscheidung ist und eine Anerkennung der Menschenrechte. Damit könnte ich es bewenden lassen und durch diese Tür hinausgehen. Jetzt komme ich wieder hinein, für einen anderen Diskurs. Europa stirbt. Europa braucht die Menschen. Wir brauchen sie. Sie haben eine Lebensfreude und den Willen, die Welt zu verändern. Zu viele Europäer haben das nicht mehr.

FR: Es gibt gerade bei den Linken Befürchtungen, dass die Standards im Arbeitsrecht sinken könnten, wenn mehr Migranten kommen, die die Arbeit für weniger Geld erledigen. Sehen Sie die Gefahr einer sozialen Konfrontation in den Städten?

L.O.: Ich kann aus der Erfahrung eines Parlamentariers in Sizilien sprechen. Ich habe so viel Protest gegen mich erfahren. Ich bekomme schon Angst, wenn auf der Piazza keiner ist, der protestiert. Viele haben protestiert, aber nie, nie, nie hat einer gesagt, dass ein Afrikaner Arbeit habe und er nicht.

FR: Das heißt, das die Schwarzarbeit nicht wächst durch die Flüchtlinge?

L.O.: Das heißt, dass die Aufnahmekultur stärker ist als die Intoleranz und der Rassismus. Abgesehen davon müssen wir uns klar werden, dass viele dieser Immigranten Ingenieure sind und Ärzte, Chemiker und Lehrer. [...] Ich sage Ihnen etwas: Ich mache mir keine Sorgen über diese Menschen, sondern um unsere Zukunft.

FR: Warum?

L.O.: Ich habe die Geschichten von Gewalt und Völkermord erzählt und von den jungen Menschen, die morden mussten, um zu überleben. Diese Menschen, die so gelitten haben, werden niemals ihre Leiden vergessen können. Da kann ein Gewaltpotenzial entstehen, das durch unseren Egoismus geschürt wurde. Wenn diese 10 000, 20 000, 30 000 Menschen von irgendeiner Organisation missbraucht werden, von

irgendeinem verrückten Staatschef, von irgendjemanden, der verrückte Absichten hat – das ist ein unterdrücktes Potenzial an Gewalt. Wie kann man übersehen, dass wir heute Sicherheit benötigen? Die Konsequenz daraus heißt: Wir lassen alle rein!

FR: Welche Unterstützung bekommen Sie für Ihre Forderungen?

L.O.: Ich habe sehr viel Anerkennung bekommen. Die erste vom Papst. Dann vom Europarat. Vom UN-Flüchtlingskommissariat. Von der neuen Bürgermeisterin von Madrid. Von der neuen Bürgermeisterin von Paris. Von sehr vielen US-amerikanischen und lateinamerikanischen Bürgermeistern. Ich bin mit diesem Thema zum Vorsitzenden von UN Habitat Safer Cities gewählt worden, einer Unterorganisation der Vereinten Nationen. [...]

Die Charta von Palermo ist ein Bezugspunkt. Ich kümmere mich in dieser Organisation um den Zusammenhang von Migration und gewalttätigem Extremismus, ausgehend von der Erfahrung bei der Bekämpfung der Mafia.

FR: Wo sehen Sie die Parallelen?

L.O.: Was ist die Mafia? Sie ist eine Pervertierung der sizilianischen Kultur der Ehre, der Familie und der Freundschaft und des katholischen Glaubens. Wie sieht die deutsche Mafia aus? Das ist der Nazismus. Die Nazis haben die deutsche Kultur pervertiert. Die Deutschen respektieren das Gesetz, also haben sie alle Gesetze eingehalten – auch diejenigen gegen die Juden. Wer ist der größte Feind der islamischen Kultur? Osama bin Laden, der den Koran, den Propheten und Allah pervertiert. Das ist das Thema. Um diese Gefahren zu bekämpfen, reicht Polizei nicht aus. Null Toleranz funktioniert nicht. Wir brauchen nicht nur Gesetze, sondern auch Kultur. Eines geht ohne das andere nicht.

FR: Und damit bekämpfen Sie die Fluchtursachen?

L.O.: Ja. Unsere Forderungen sind keine Verrücktheit. Es ist Weisheit. Die Leute sagen: Wenn ein Mensch verrückt ist, hat er die Weisheit von morgen.

Charta von Palermo (Auszüge)

Für die mit der mittlerweile alltäglichen Migration verbundenen Probleme müssen solche Lösungen gefunden werden, die Freizügigkeit als Recht voraussetzen. Dafür ist es notwendig, den Ansatz zu ändern, in dem Sinn, dass das „Problem Migration“ dem Recht auf Freizügigkeit Platz macht. Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wird, ausgesucht oder sucht diesen aus; jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen.

Der Migration als Prozess liegt oft eine Notlage zugrunde, eine dramatische Notlage. Aber dies ist lediglich die Spitze des Eisbergs, als der sich die unweigerliche Verlagerung von Millionen Menschen darstellt. Dieses Phänomen ist mit der Globalisierung, langfristigen politischen und Wirtschaftskrisen verbunden.

Es ist notwendig zu verhindern, dass die Migrationsnotstände „chronisch“ werden, da sie alle auf eine strukturelle Gegebenheit zurückzuführen sind: die Unmöglichkeit, die Verlagerung von Abermillionen Menschen zu blockieren.

Die Lösung dieses Notstands – nicht nur im Mittelmeerraum, sondern in der ganzen Welt – muss in ihrem Wesenskern davon ausgehen, dass sie als zentrales Element den Migranten als Person anerkennt: „Ich bin eine Person.“ Entsprechend ist die Freizügigkeit aller Menschen als unveräußerliches Menschenrecht anzuerkennen. [...]

Im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte ist die Produktion von „irregulären“ Migranten schrittweise zum Hauptpfeiler unseres Sozialsystems geworden, so wie der Kreislauf „irreguläre Einwanderung – Amnestie“ zum Kernpunkt der politischen Legitimation wie der des Arbeitsmarkts geworden ist.

Was das erste betrifft, so ist die Bekämpfung von Migranten einer der politischen Hauptschauplätze beim Kampf um Wahlstimmen, während beim zweiten Gesichtspunkt der illegale Status der Migranten ihre Beschäftigung mit einer lächerlichen Entlohnung begünstigt und damit nicht nur das Überleben von Unternehmen erlaubt, die ihren Beschäftigten keine normalen Gehälter bezahlen könnten, sondern auch den italienischen Familien die Lebensgrundlage ermöglicht, für die der Wohlfahrtsstaat keineswegs in der Lage ist zu sorgen.

Gleichzeitig hat sich eine Art heuchlerischer ökonomistischer Rassismus ausgebreitet, der ausgehend von der Sichtweise der Migranten als für das Produktionssystem von Gütern und Dienstleistungen unerlässliche „Ressourcen“, die aber im selben Moment von Sozialleistungen ausgeschlossen sind, schleichend zur Schaffung eines sozialen Inklusionsmodells neuzeitlicher Sklaverei geführt hat.

Deutsche Übersetzung:

Roman Maruhn, Goethe-Institut Palermo

Quelle: linksfraktion-hamburg.de